

Apple setzt auf iPhones aus Indien

Handelskrieg Apple will Medienberichten zufolge die iPhones für den US-Heimatmarkt künftig verstärkt aus Indien statt China liefern. Die «Financial Times» schrieb gar, das Ziel sei, ab Ende 2026 alle über 60 Millionen jährlich in den USA verkauften iPhones dort zu bauen. Dafür müsse die Produktion in Indien verdoppelt werden. US-Präsident Donald Trump hatte jüngst die Zölle für Waren aus China auf 145 Prozent hochgeschraubt. Zugleich gab es für Elektronikgeräte wie Smartphones und Notebooks eine Ausnahme. Das Weisse Haus machte allerdings später deutlich, dass diese nur vorläufig gelte. Apple hatte bereits in den vergangenen Jahren die Produktionskapazitäten bei Auftragsfertigung in Indien und Vietnam erhöht. In Indien kann inzwischen die gesamte Modellpalette zusammengebaut werden. Der Grossteil der Apple-Smartphones wird aber weiter in China gebaut. Trump und sein Handelsminister hatten als Ziel ausgegeben, die iPhone-Produktion in die USA zu bringen. Solche iPhones wären allerdings deutlich teurer. Wenn Apple sie etwa in West Virginia oder New Jersey bauen würde, läge der Preis eines Geräts bei 3500 Dollar, so ein Analyst. (dpa)

Migros streicht 24-h-Konzept

Handel Die Genossenschaft Migros Zürich schliesst Ende April ihre beiden Teo-Filialen in Kloten und Dietlikon. Dabei handelt es sich um kleine, unbediente Verkaufsstellen, die Tag und Nacht geöffnet sind. Die beiden Filialen wurden 2023 als Pilotstandorte eröffnet. «Die Erfahrungen aus dem Pilotbetrieb haben ergeben, dass das Potenzial für das Format Migros Teo in unserem Wirtschaftsgebiet zu wenig gegeben ist», sagt Geschäftsleiter Patrik Pörtig in einer Mitteilung. Die Migros Ostschweiz expandiert derweil weiter mit dem Konzept. (bwe)

Rezepte gegen die 2-Kind-Norm

Viele Kinderwünsche in der Schweiz bleiben unerfüllt. Eine neue Studie zeigt, wieso.

Daniel Zulauf

Frauen bringen immer weniger Kinder zur Welt. In der Schweiz ist das Phänomen besonders akut, aber es ist eine weltweite Erscheinung, die man in vielen reichen, aber auch in armen Ländern beobachten kann. Ein wichtiger Grund dafür ist, dass die Mittel und Methoden zur Verhütung inzwischen fast überall einfach erhältlich beziehungsweise bekannt sind. Ein anderer Grund ist das steigende Bildungsniveau der Frauen. «Die Bildungsexpansion spielte eine wichtige Rolle bei der Erklärung der sinkenden Geburtenrate», sagt Valérie-Anne Ryser, Sozialpsychologin und Co-Autorin der aktuellen Untersuchung an der Seite von Jean-Marie Le Goff. Aktuell liegt die Geburtenrate in der Schweiz bei 1,28 Kindern pro Frau – und damit deutlich unter dem Soll, das für die Generationenerhaltung nötig wäre. Ohne Zuwanderung würde die Schweizer Bevölkerung langfristig schrumpfen.

Es bleiben mehr Frauen kinderlos als gewollt

Dieser Zustand missfällt offensichtlich auch vielen Frauen. «Die Frauen in der Schweiz wünschen sich deutlich mehr Kinder, als sie tatsächlich zur Welt bringen», sagt Valérie-Anne Ryser. Regelmässige Befragungen von zahlreichen Schweizer Haushalten im Rahmen des Nationalfondsprojektes «Leben in der Schweiz» zeigen, dass von den heute 20- bis 45-jährigen Frauen nur etwa 15 Prozent kinderlos bleiben möchten. Tatsächlich sind es aber fast 20 Prozent beziehungsweise sogar 30 Prozent bei Frauen mit einem tertiären Abschluss, wie Le Goff und Ryser zeigen. Das Bildungsniveau erklärt die grosse Lücke zwischen Kinderwunsch und tatsächlicher Familiengrösse nur ungenügend. Die Auswertung der Geburtenstatistik für die Jahrgänge



Bei der Familienpolitik braucht es einen Kurswechsel.

Bild: Getty

1946 bis 1950 zeigt zwar, dass Frauen mit einem höheren Schulabschluss etwas weniger geneigt sind, ihre Familien von zwei auf drei Kinder auszuweiten. Doch bei Frauen mit einem Hochschulabschluss ist der Befund nicht eindeutig. Die Wahrscheinlichkeiten, dass die Familienexpansion bei zwei Kindern zu Ende ist, liegen sowohl in der Generation 1946 bis 1950 wie auch in der Generation 1961 bis 1970 und in allen drei Bildungsschichten relativ eng verteilt zwischen 70 Prozent und 80 Prozent. Die Chance, dass Familien mit zwei Kindern ein drittes dazubekommen, beziffern Ryser und Le Goff für beide Generationen nur noch mit etwa einem Drittel. Die Autoren der Studie sprechen von einer «Zwei-Kind-Norm», die viele Paare auf Kosten der Bildung von Grossfamilien übernommen haben und weiter übernehmen. Die Bildungsexpansion der Frauen mag ein wichtiger Grund für den

Rückgang der Geburtenrate gewesen sein und ist es immer noch. Mehr und mehr schafft die neue gesellschaftliche Norm aber eigene Fakten. Ryser erklärt das so: «Das Argument, dass Kinder eine Belastung sind und die Möglichkeiten zur eigenen Entfaltung bremsen, wird in der Gesellschaft immer mehr akzeptiert.» Nach der Veröffentlichung von wissenschaftlichen Forschungen seien in den Medien der Romandie Erfahrungsberichte zu lesen gewesen, in denen Frauen ihren Entscheid für die Mutterschaft rückblickend als Fehler bewertet hätten, sagt Ryser. Die Frauen gäben zwar an, ihre Kinder zu lieben, aber sie hätten die Entbehrungen unterschätzt, die nötig gewesen seien, um diese grosszuziehen. Öffentliche Statements dieser Art sind ein starker Hinweis auf die sich verändernde gesellschaftliche Familien-Norm. Solche Erkenntnisse können

und dürfen nicht ohne Auswirkungen auf die Familienpolitik bleiben. Sind mehr Krippen, steuerliche Anreize, mehr Elternzeit, mehr Flexibilität am Arbeitsplatz die richtigen Rezepte, um die Geburtenrate wieder anzukurbeln? «Es sind Massnahmen, die das Problem lindern, wahrscheinlich aber nicht lösen können», sagt Valérie-Anne Ryser. Die skandinavischen Länder und Frankreich betreiben seit vielen Jahren eine aufwendige Familienpolitik und erreichen damit tatsächlich höhere Geburtenraten. Aber auch dort ist der Trend klar rückläufig. «Politik ist wichtig, aber Kultur ist wichtiger», erklärt der an der Universität Oxford lehrende Demografieforscher Paul Morland in seinem aktuellen Buch «No One Left», über das er kürzlich in einem Interview mit der «NZZ am Sonntag» gesprochen hat. Morland erklärt, wie Normen Fakten schaffen: «Wo Kinder selbstverständlich zum Leben

gehören, erhalten Eltern mehr Hilfe und Verständnis.» Die Untersuchungen der Forscher der Universität Lausanne zeigen auf der Ebene der Familienpolitik, dass ein Weitermachen wie bisher nicht zur Erhöhung der Geburtenrate beiträgt. Die Forschung zeigt aber auch, dass die Erfolgchancen für eine Trendumkehr im Zeitablauf durch die normative Kraft des Faktischen geringer werden.

Familienpolitik braucht Kursänderung

Dieser Hintergrund verleiht der Familienzeitinitiative die gesellschaftliche Bedeutung, die sie klar verdient. Alliance F, die jüngst mit der Unterschriftensammlung begonnen hat, will «ein Generationenwerk für die Gleichstellung» schaffen. Gleichstellung bringe die besten Ergebnisse. Die Erfahrungen der Nachbarländer zeigten die Schwächen von flexiblen, nicht auf die Parität ausgelegten Elternzeiten oder vom Modell langer Mutterschaftsurlaube. «Sie wirken sich negativ auf die Gleichstellung aus», heisst es bei Alliance F. Dies sollte auch die bürgerliche Politik hellhörig machen, die der Initiative nicht zuletzt mit dem Kostenargument kritisch bis ablehnend gegenübersteht. Vielleicht bestünde die Möglichkeit, Teile der bisherigen Familienpolitik gegen den neuen Ansatz einzutauschen, was die Kosten eines Kurswechsels verringern könnte. Umgekehrt stünde Offenheit in der Ursachenanalyse für den Geburtenrückgang auch den Frauenorganisationen gut an. Damit eine familienpolitische Kursänderung gelingen kann, wird wahrscheinlich auch die Gleichstellungsfrage aus einer juristischen und männlichen Perspektive wieder aufs Tapet kommen müssen. Das Problem dürfte sich mit der typischen helvetischen «Pflasterlipolitik» jedenfalls kaum lösen lassen.

Diverses



Nein, das ist keine Lebensgrundlage

Unsere Projekte leisten Nothilfe und schaffen nachhaltige Existenzgrundlagen trotz Klimakrise.

Jetzt mit TWINT spenden!

caritas.ch/ja



Ja zu einer Welt ohne Armut

CARITAS Schweiz Suisse Svizzera Svizra